

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise ufm. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag: Ullstein's. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redaktor: (im Ausn. d. Handelt.) Carl-Misch. Berlin. Ueberl. Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt. Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26. Fernsprech-Zentrale Ullstein's. Amt. Donnhöf 3600-3658. Fax. Nr. der Fernverleiher: Amt. Donnhöf 3608-3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postfachkonto Berlin 600.

Erste Verhandlung Dienstag Nachmittag.

Heute Rat der „Sieben“.

London, 4. August. (B. T. Z.)

Die „Großen Sieben“ traten heute um 10 1/2 Uhr im Außenbüreau zur Besprechung der Frage über die zukünftige Handhabung der Eisenbahnen in den besetzten deutschen Gebieten zusammen, worüber der Zweite Ausschuss keine Beschlüsse fassen konnte. Man erwartete, daß die Vorbereitungen für die Waffensitzung besprochen werden, die wahrscheinlich morgen nachmittag abgehalten werden soll, und an der die deutschen Delegierten teilnehmen werden.

Der Juristische Ausschuss hat die Formulierung der verschiedenen Verträge auf dem Stande festgesetzt. Die Konferenz wird gleichfalls heute früh im Außenbüreau Amt zusammengetreten.

Die Fahrt nach London.

Heute vormittag 9.07 Uhr, kurz nach dem regulären Einschiffung nach Mitteldeutsch, ist die deutsche Abordnung für London mit Generalmajor von Bahnhoff Friedrichstraße ab-

gefahren. Die 18köpfige Delegation geht unter Führung von Reichsminister Graf Hübschmiller, Dr. Grafenauer und Finanzminister Dr. Zuleger. Der Sonderzug geht für aus einem Speisewagen, zwei Personenwagen und Waggons zusammen.

Zur Abreise der Abordnung, deren Ort und Zeitpunkt eingehalten worden war, hatten sich im Auftrag des Reichspräsidenten Staatsratsratr Meißner, ferner die Reichsminister Dr. Jares, Dr. Hüffe und Dr. Braun, Staatssekretäre in Weimar einfinden. Das Publikum war durch die Abfertigung auf den Bahnhof aufmerksam gemacht worden, die - übrigens nicht allzu streng - von einem Zug Schupo durchgeführt wurde.

Kurz vor der Abreise gelang es noch einem Photographen, einige Momentaufnahmen von den am Festzug teilnehmenden Männern zu machen, denen das Schloß-Deutschland für einen folgenreicheren Gang anvertraut ist. Aus Versicherungen der anwesenden Minister konnte man den Eindruck gewinnen, daß sie zwar des Erfolges der ihnen bevorstehenden Verhandlungen bezüht aber nicht ohne ein großes Maß von Zweifel auf die Reise gehen, daß es ihnen gelingen werde, unter Abklärung der lebenswichtigen deutschen Wirtschaftsfragen eine Verständigung über die Durchführung des Sachverständigen-Ausschusses zu erzielen.

Sandestoges, n. Mendelsohn und Frau, der Direktor der Deutschen V. u. S. Bank, von Schwabach und einige andere Mitglieder der Finanzwelt und sechs Beamte der Reichsministerien.

Der Abbau des Schiefermerks.

Nachrichtendienst der „Berliner Zeitung“.

Wien, 4. August.

Die österreichische Regierung hat, entsprechend einer langgehegten Absicht, nunmehr durch Einführung der Papiisum-Waren an Stelle der bisherigen Schiefermerke eine Verände in der Zahl der Geschehen gesetzt. Nach einer Mitteilung des Handelsministeriums für sämtliche österreichische diplomatischen Vertretungen im Auslande angewiesen worden, den dortigen Handelskammern, großen Konsumvereinen, Automobilclubs usw. Papiisum-Waren zum Vertrieb auszuliefern. Die Schiefermerke-Waren haben eine Dauer von zwölf Monaten, geteilt von dem Tage der Grenzüberführung. Es sollen entsprechend den internationalen Abmachungen der Pariser und Geger Verabredungen für mehrfachen, und für eine einmalige Durchreise einen Goldfuran. Die österreichische Regierung legt Wert darauf, daß bei Vorgehen in der Frage des Abbaus des Papiisums unter den anderen Staaten möglichst viele Nachahmer finden.

Das österreichische Vorgehen sollte vor allem in Deutschland sofortige Nachahmung finden. Es muß jedem Deutschen klar sein, daß es nicht, daß die durch die Friedensverträge aufgestellten Grenzen zwischen den einzelnen Gliedern der deutschen Völker durch die Verbindung der Grenzbestimmungen nur unrichtig erhöht werden. Die Einführung von Wismutarten erfüllt den Zweck, ohne Verletzung des Meistbegünstigten die Gebührentarife aufzurichten, die zur Unterhaltung des Lebenswagnisses notwendig sind. Die Wahrung der formellen Friedensbestimmungen, wenn Deutschland sich bereit erklärt, die gleiche Gleichrichtung allen Staaten zu gewähren, die Gegenleistung über.

Kein deutsch-griechischer Zwischenfall

Der „Times“ läßt sich aus Athen einen angeblichen griechisch-deutschen diplomatischen Zwischenfall melden, der durch unermittelte Abreise des deutschen Gesandten geführt haben soll, weil dieser bei Überzeugung seines Rechtsanspruches eine Ansprüche in deutscher Note in französischer Sprache habe halten wollen. Die Darstellung entspricht, die von unabhängiger Stelle mitgeteilt wird, nicht den Tatsachen. Nachdem der ursprünglich für den 26. v. M. angelegte Empfang des Österreichers zur Überzeugung seines Rechtsanspruches wegen Erkrankung des Präsidenten der griechischen

Republik abgelehnt werden mußte, wurde dem Gesandten einige Tage später mitgeteilt, daß der Empfang wegen fortwährender Krankheit des Präsidenten zum Aufgeben der griechischen Forderung erst nach Rückkehr des Gesandten von dessen Lein laub stattfinden könne. Ungewöhnlich Zusammenhang zwischen der Abreise des deutschen Gesandten in Athen und dem behaupteten Vorfall besteht nicht.

Der Grund einer Unfruchtbarkeit in dem „Times“ angebeuteten Akt zwischen der griechischen Regierung und dem deutschen Vertreter liegt übrigens um so weniger vor, als erst vor kurzem der griechische Gesandte in Berlin sein Glaubwürdigkeitsproben dem Reichspräsidenten mit einer Rede in griechischer Sprache überreicht hat; es entspricht dem Grundsatze der Ökonomie, daß sich der deutsche Vertreter in Athen bei dem gleichen Anlaß der deutschen Sprache bedient.

Eberts Gedenkrede.

Bei der gedenkrede Eberts für die im Weltkrieg gefallenen Deutschen hielt Reichspräsident Ebert, der selbst das Leben seiner Götter der Heimat geopfert, die Hauptansprüche, in welcher er die Gedanken, die im diesem Gedenkrede den Deutschen befehlen, in folgende Worte feldete:

Deutsche Männer und Frauen! Ein Tag des Gedankens und der Trauer ist es, den das ganze deutsche Volk heute mit uns begeht. In diesem Schmerz trauern wir um die Götter Deutschlands, die den Soldaten gestorben sind, damit Deutschland leben, in seinem Ansehen, in seinen Ehren, in den Ehren der Kriegsgeschickten und des Schmerses der Hinterbliebenen, in Ehrfurcht stehen wir uns vor den Heldentaten unseres Volkes in Waffen und vor den duldenden Standhaftigkeit der Heimat. Vor dem beispiellosen Opfermut und dem fast übermenschlichen Dulden unserer Nation im Kriege.

Gleich im Tag des Dantes ist der heutige Tag. Wir wollen diesen Wert abhalten allen denen, die für Deutschland Gut und Blut hingegessen haben, abhalten nicht in Worten, sondern der Taten in übermenschlichen Eifer: wir werden in liebendem Tun. In heiligen Danke für ihre Taten geht unsere Ehrfurcht zu den Brüdern, die ihre Heimat oder ihre Zugehörigkeit zum Reich hingeben mußten.

Nur zur Verteidigung der bedrohten deutschen Heimat hat Deutschland vor zehn Jahren die Waffen ergriffen; in diesem Bewußtsein haben wir den langen Krieg geführt, und bis heute steht keine uns die gewaltigen Opfer ersagen lassen, die alle Kreise unserer Völker an Gut und Blut bringen mußten. Das, was das deutsche Volk seit 1914 um seines Deutschlands willen gelitten und geliebt hat, kann nicht verloren sein. Und deshalb ist der heutige Tag auch ein Tag der Hoffnung, der Hoffnung auf ein lebens- und tatvolles Deutschland!

Trotz allen Stillen der letzten Jahre ist uns das Reich erhalten geblieben. Wir erleben heute, daß an diesem Tag nicht geteilt werden darf, daß ein unteres Reich stehen kann, der ihm geblieben. In diesem Ziele mitzuarbeiten ist Pflicht eines jeden Deutschen, ist eine Ehrenpflicht gegenüber den Verlebten, die im Leben hingegangen haben in Verteidigung der Heimat, ist vor allem eine Ehrenpflicht der deutschen Jugend. So soll der Geist der Toten leben bleiben in uns allen, im ganzen deutschen Volk.

Es ist heute der Ruf hinzugekommen an das deutsche Volk, unseren Staat ein richtiges Denkzeichen zu erhalten. Also darüber hinaus wollen wir - das lassen Sie, deutsche Männer und Frauen, uns in dieser Stunde gebend - dem Gedächtnis unserer Toten und unserer Opfer ein Denkmal bauen, dauernd den Satz: Das freie Deutschland!

Die Worte des Reichspräsidenten werden einen Wiederhall auch da finden, wo verbundene Parteien in Stellung sind bei dieser Gelegenheit vertritt hat, die gewaltigen Opfer, die das deutsche Volk hat erbracht, das man das Ausmaß höchster Opferliebe für die gemeinsame Heimat war, in Eingabe an eine Person oder ein Symbol umdeutet. Das höchste Stück in dieser Beziehung leistete ich wieder einmal die „Deutsche nationale Volkspartei“, die damit diese Götter in der Vergangenheit und die Götter in einem Aufzug den Tod fürs Vaterland von Millionen Deutschen in einen Tod für ihr monarchistisches Parteiprogramm umzufassen und in diesem Zusammenhang aufgeben noch sagt: „Wieder glücklicher war ich (der Verfassten) Das als das in der Vergangenheit, das die Götter, für welche ausstammlich und noch Verlebten zu sorgen das Novemberverbrechen verhindert hat.“ Die Verleugrer jenes Auftrags wissen natürlich ganz genau, daß auch eine gescheiterte Monarchie bei den schmerzlichen finanziellen Kollaps, was ein hartes Stück ist, aber eben so gut hätte, für jene Unglücklichen auch nicht, mehr hätte tun können als es die Regierung, die die Grössten der gescheiterten Monarchie übernehmen mußte, getan hat. Wir bedauern Männer nicht um ein Gewissen, welches ihnen es nicht als das in der Vergangenheit der Heimat Propagandamaterial für ihre Partei zu füttern.

Hughes in Berlin.

Heute vormittag 10 1/2 Uhr empfing der amerikanische Staatssekretär im Außenbüreau der Reichspräsidenten Hugh S. Hughes den amerikanischen Botschafter.

Wie viele von den Herren, denen der amerikanische Staatssekretär nachgelassen freundlich die Hand drückte, müssen daran gedacht haben, daß dieser Mann in einem für Deutschland kritischen Augenblick des Weltkrieges keine eine Anzahl der Bereinigten Staaten geworden wäre. Ja, eine ganze Nacht in jenem November 1916 glaudte das Land, er sei gewährt, und sein Bild, dieser Kopf mit dem gebieterischen weisen Bart und den blauen Brauen, unter denen die Augen offen und dabei mild hervorstrahlen, erstehen zum Schluß der letzten Anrede vor dem Reichstag, und die vollbelegten Theater kassierten dem neuen Staatsoberhaupt zu. Im nächsten Morgen kam dann die Überzeugung. Der Welt, und es hat ruhig gesagt werden, daß die U. S. A. in einem „in dem Welt, hatten

Es hat leider keinen Sinn, heute darüber nachzudenken, was geworden wäre, wenn die Wahl anders ausgefallen wäre. Aber ich glaube, daß von den Deutschen, die heute Charles Evans Hughes sehen, jeder den Eindruck bekommen werden, daß vor ihnen nicht nur ein Rechtsgelehrter, sondern ein Mann des Rechts stand. Was er zu sagen hatte, war wenig. Die Geiten sind im Fluß und nehmen ihren Lauf, und wer an verantwortungsvoller Stelle steht, hat nicht das Recht, seine eigenen Gedanken und vielleicht Wünsche in solchen Augenblicken zu äußern.

Es ist nicht zum erstenmal in Berlin, habe es schon in früheren Jahren besucht. Aber er freute sich, gerade in diesem Augenblick in der Hauptstadt Deutschlands mit deutschen Staatsmännern zusammengetroffen zu sein, wo es den Anschein habe, als ob eine neue Ära des Friedens, der Ruhe und des wirtschaftlichen Wiederanlaufes über Europa endlich aufgehen werde. Diese Ära herbeizuführen und zu beschleunigen, daran sei auch kein Band unerschütterlich, und weil er glaube, daß der D. S. P. Plan das Mittel sei, um die Ära einzuleiten, so hoffe er und mit ganz Amerika, daß dieser Plan baldmöglichst in die Tat umgesetzt werde.

In ähnlichen Worten hat der Staatssekretär kurz vorher zu den Vertretern der ausländischen Presse gesprochen und dabei gleichfalls gesagt, daß es seine erste Überzeugung sei, daß mit der Londoner Konferenz und ihrem erfolgreichen Ausgang der Himmel über Europa sich zu lichten beginnen werde.

Staatssekretär Hughes kam mit seiner Gattin Constan zu dem Bahnhof Friedrichstraße an. Zu seinem Empfang waren Staatssekretär Zehn, v. Helldorn und der amerikanische Botschafter Hugh S. Hughes mit mehreren deutschen und amerikanischen Herren erschienen. Um 12 dem Frühstück, das der Reichspräsident am Sonntag um 12 dem hohen Gast gab, waren außer dem Botschafter Döwson und seinen Bedienten, der Reichsminister und Außenminister und die übrigen Mitglieder der Regierung geladen. Ferner Staatssekretär v. Helldorn, der Präsident des Reichstages, die

Die zweite Phase in London.

Noch 14 Tage Konferenz?

Nachrichtenblatt der „Wolffischen Zeitung“.

von London, 4. August.

Die Zeitungen, die die Ergebnisse der Konferenz berichten, sind auf den Ton einer vorsichtigen Optimismus gekommen. Die Blätter berichten sich nicht, daß die Verhandlungen mit Deutschland noch neue Schwierigkeiten bereiten werden. Insbesondere hält man in der englischen Presse die Befreiung eines Deutschland und Frankreich gleichmäßig beizuhaltenden Diktums für die vollständige militärische Räumung des Ruhrgebietes für ein außerordentlich schwieriges Problem.

„Daily Herald“ schreibt: Die Franzosen bieten die vollständige Räumung des Ruhrgebietes nach vier Jahren an. Die Deutschen werden, falls sie Grund haben, anzunehmen, eine Bedingungen-Räumung binnen sechs Monaten verlangen. Es sollte die Leistungsfähigkeit der neuen Staatsämter nicht überfordert, in dieser Frage ein geeignetes Kompromiß zu finden. Außer diesem Problem sind natürlich manche Punkte vorhanden, die die Deutschen eher erörtern müßten und in denen sie Wiederentscheidungen vorzuziehen werden. Hier muß man Oswald haben, aber ist Konferenzende, physisch und geistlich in moralischer Beziehung. Man wird sich sehr freuen, wenn man notwendig sein, sich nochmals am 10 oder 14 Tage Verhandlungen gefast zu machen. Jeder Versuch, die Diskussion von Einzelheiten abzuschneiden oder wichtige Wesenheiten mit der Dampfmaschine niederzuwälzen, würde einem wirklichen Erfolg der Konferenz zum Besten zählen. Darüber ist man sich klar: man hofft aber, daß die Deutschen ihr Möglichstes tun werden, um in vollem Umfang die Interessen ihres Landes zu wahren, ohne die Gebührende Anerkennung und Achtung zu vernachlässigen. Aber Oswald ist das Hauptverhandlungs der nächsten Tage, Oswald und abermals Oswald; dann wird der Zweck der Konferenz erreicht werden.

„Daily Chronicle“, Lord George's Blatt, stellt darauf hin, daß die Konferenz Konferenz nicht zu einem vollen Erfolge hätte gelangen können, wenn Lord George nicht im vorigen Jahre durch seine ineffiziente Willen in Amerika die amerikanischen Regierung wieder endgültig für die Lösung der europäischen Probleme gewonnen und damit den Grund gelegt hätte, einen Weg der Deutschen, wie der Franzosen und der Engländer, herbeizuführen und eine englisch-französische Interessentensicherung zu schaffen konnte.

„Daily News“ schreibt: Die Einladung der Konferenz, nicht etwa nur wie in Versailles sein Urteil auszusprechen, sondern die Vorschläge zu erörtern, ist der erste große Schritt zu Rückkehr auf den Weg der Vernunft. Es ist die erste praktische Anerkennung der Tatsache, daß kein direkter Ausgleich möglich ist, der nicht zugleich eine Verständigung über die Interessen der Deutschen, wie der Engländer, herbeiführt. Es ist nicht möglich, die Deutschen gegen ihren Willen für andere arbeiten zu lassen, wenn man nicht bereit ist, sie zu unterstützen, wenn sie sich sträuben. Aber man kann bekanntlich ein ganzes Volk weder zwingen noch einpersuadieren. Es sind noch große Fragen ungelöst, wie die Befreiung des Ruhrgebietes, die nur in Verhandlungen mit Deutschland zu lösen sind, und man ist bestrebt, anzunehmen, daß in diesen Dingen der deutsche Standpunkt freierwegs immer dem französischen Standpunkt gleich sein wird. Deshalb kommt die nächste Frage die vollständige Räumung des Ruhrgebietes in Betracht. Deutschland wird nicht ein Zahlungsmittel vorlegen, das es noch anderer Anzahl nicht annehmen könnte, der die deutschen Interessen ebenfalls schließt wie die Interessen Frankreichs und Englands. Wenn es diesen Plan ablehnt und ohne Vorbehalte annimmt, mag der Plan aus sich die Möglichkeit bieten, der Verwirre der unwillkürlichen und unglücklichen Arbeiter zu entziehen. Wenn Deutschland aber den Plan nur als Bedingung annehme, um zurück zu werden, wird es damit nur seinen eigenen Zweck verfolgen.

Der „Daily Express“ erklärt, daß das Ergebnis der Konferenz in erster Linie ein persönlicher Triumph Macdonalds sei, über den sich auch alle seine politischen Gegner von Herzen freuen. Herriot werde aber noch mit dem Widerstand Poincarés rechnen müssen. Außerdem müsse man die Gefahr im Auge behalten, daß die Deutschen, welche jetzt wohl bezweifeln seien, ihren Teil zur Lösung der Reparationsfrage beizutragen, Vernunft und Gerechtigkeit verlassen und sich wieder der Verhandlungen fern halten. Die nächste Frage ist vollständige Räumung des Ruhrgebietes, die nur in Verhandlungen mit Deutschland zu lösen sind, und man ist bestrebt, anzunehmen, daß in diesen Dingen der deutsche Standpunkt freierwegs immer dem französischen Standpunkt gleich sein wird. Deshalb kommt die nächste Frage die vollständige Räumung des Ruhrgebietes in Betracht. Deutschland wird nicht ein Zahlungsmittel vorlegen, das es noch anderer Anzahl nicht annehmen könnte, der die deutschen Interessen ebenfalls schließt wie die Interessen Frankreichs und Englands. Wenn es diesen Plan ablehnt und ohne Vorbehalte annimmt, mag der Plan aus sich die Möglichkeit bieten, der Verwirre der unwillkürlichen und unglücklichen Arbeiter zu entziehen. Wenn Deutschland aber den Plan nur als Bedingung annehme, um zurück zu werden, wird es damit nur seinen eigenen Zweck verfolgen.

Der „Daily Telegraph“ schreibt, es wäre unwillig, die Schwierigkeiten vorzuziehen zu wollen, die noch zu überwinden sind. Die Konferenz hat sich bisher nicht mit der militärischen Räumung des Ruhrgebietes befaßt, deren Vollziehung nicht unserer Regierung beizutragen werden ist. Der deutsche Konflikt wird auf der Räumung zu einem noch bevorstehenden Konflikt führen, der sich nicht vermeiden lassen wird. Die nächste Frage ist vollständige Räumung des Ruhrgebietes, die nur in Verhandlungen mit Deutschland zu lösen sind, und man ist bestrebt, anzunehmen, daß in diesen Dingen der deutsche Standpunkt freierwegs immer dem französischen Standpunkt gleich sein wird. Deshalb kommt die nächste Frage die vollständige Räumung des Ruhrgebietes in Betracht. Deutschland wird nicht ein Zahlungsmittel vorlegen, das es noch anderer Anzahl nicht annehmen könnte, der die deutschen Interessen ebenfalls schließt wie die Interessen Frankreichs und Englands. Wenn es diesen Plan ablehnt und ohne Vorbehalte annimmt, mag der Plan aus sich die Möglichkeit bieten, der Verwirre der unwillkürlichen und unglücklichen Arbeiter zu entziehen. Wenn Deutschland aber den Plan nur als Bedingung annehme, um zurück zu werden, wird es damit nur seinen eigenen Zweck verfolgen.

Das letzte Ziel aller Staatsämter in Frankreich, in Deutschland und anderwärts muß darin bestehen, den Frieden in Europa auf einer festen Grundlage zu sichern, und dieses Ziel kann man nicht erreichen, indem nur Reparationszahlungen herbeigeführt werden. Der Frieden, den wir alle brauchen, kann nur geschaffen werden auf der Grundlage einer vollständigen Räumung nach den Verträgen und vor der Zeitigkeit der internationalen Beziehungen.

„Wald“ der „Wolffischen Zeitung“ betont, daß die Frage der Räumung des Ruhrgebietes noch eine große Schwierigkeit für die Überwindung werden müßte. Das Blatt schreibt, besonders schwierig muß es werden, wenn eine große Anzahl französischer Eisenbahnen im Ruhrgebiet belassen würde, um Truppen zu schicken, die man ursprünglich nicht als Ruhrgebiet gelöst hat, um französische Eisenbahnen und Ingenieure zu schicken. Die anzuwendende Anwesenheit französischer Truppen im Ruhrgebiet würde die Befreiung aufzuerhalten, doch noch weitere Verhandlungsoperationen gegen die deutsche Militärpolitik nötig sind, eine Befreiung, die durch die Aufnahme des Schiedsgerichtsverfahrens in die Bestimmungen für eine deutsche Wiederherstellung befristet werden sollte. Die Beibehaltung der Besetzung würde in der deutschen Bevölkerung einen hohen Grad von Nervosität betrieuen und den industriellen Wiederaufbau verzögern, von dem die Lösung der Reparationen abhängt. Die Beibehaltung der Besetzung würde daher von vornherein die Wankstufen des Dawes-Plans zu gefährden und zu gefährden, der der Dawes-Plan eine direkte Antithese zur Ruhrbesetzung darstellt.

Aus diesem Grund hoffen wir, daß, nachdem Herriot so weit gegangen ist, er auch den einen Schritt unternehmen wird, der unbedingt erforderlich ist, indem er die militärische Räumung des Ruhrgebietes vornimmt, sobald Deutschland die notwendigen Schritte unternehmen hat, den Dawes-Plan in die Praxis umzusetzen.

Barrier Erwartungen.

Nachrichtenblatt der „Wolffischen Zeitung“.

Paris, 4. August.

In ihren Kommentaren zu den Londoner Ereignissen deuten die Blätter, daß mit dem Eintreffen der deutschen Delegation die zweite Phase der Londoner Konferenz beginnt. Im allgemeinen werden sie die Ansicht, daß dieser zweite Teil der Konferenz der schwierigste sein wird, und sind besonders besorgt, daß die deutschen Delegierten die vorläufigen Londoner Abereinkünfte nicht ohne weiteres annehmen werden.

Einige Blätter veröffentlichten mehr oder weniger prägnante Meinungen über die angeblichen deutschen Absichten und die „Forderungen“, die die deutsche Delegation zu unterbreiten die Absicht habe. Von diesen Kommentaren verdient nur derjenige von St. Pierre im „Journal“ eine gewisse Beachtung. Er führt aus, daß man in den Punkten, deren Diskussion Frankreich unter keinen Umständen zurück zu weichen hat in erster Linie die Frage der Räumung des Ruhrgebietes befinde. Dagegen werden die Entscheidungen der Kommission über die Wiederherstellung der Wirtschaftseinheit des Reiches und der Transportsmissionen beim Gegenstand der Diskussion mit den Deutschen bilden. Logischerweise müßte man die deutschen Delegierten zu den beiden Kommissionen zugehen, die die eröhligten Texte ausarbeiten sollen. In der Frage der Ruhrbesetzung seien die deutschen Einwände nicht auszuschließen. Der erste Einwand der Wirtschaftseinheit des Reiches, die Frage der Befreiung der Wirtschaftseinheit des Reiches von der französischen Räumung der Ruhr und der Elbe-Deffierung, Entzug und Rückzug zu trennen. St. Pierre meint, daß ein Unterschied zwischen der Ruhrbesetzung und der Befreiung der drei anderen Industriezentren gemacht werden müßte. Die Befreiung der letzteren habe internationalen Charakter, die Diskussion darüber müsse also international sein. Dagegen sei die Räumung von Brüssel und Belgien allein befristet worden, und man habe nicht feil zu sein, wie man die Engländer zur Diskussion über die Befreiung einer Operation zugehen könne, deren Vollziehung nicht immer befristet werden könne. St. Pierre gibt aber zu, daß die Frage der Räumung der Ruhr noch nicht entschieden ist, denn gewisse Rechte halten diese Befreiung für opportun, das das Problem der Ruhrbesetzung mit befristeten der ersten Räumungspflicht der Rheinlandbefreiung eng zusammenhänge. Jedenfalls müßten die Willkuren verfallen, eine Einheitsentscheidung herbeizuführen, um so mehr, als die These der sofortigen Räumung ein wahrnehmbare Unterbrechung in London und vielleicht auch der Räumung hindern würde. „Die entscheidende Schlichtung“ bleibt jedenfalls noch zu liefern.

In der Frage des Schiedsgerichts wird der Ansicht von St. Pierre, daß die wirtschaftliche Freiheit der Eisenbahnen modern; denn es sollte zu gehen, wenn die Eisenbahnen der Welt frei sein können. St. Pierre führt an, daß die deutsche Delegation der Befreiung der französischen und belgischen Eisenbahnen widerlegen. Das geht schon aus der Zusammenfassung der deutschen Delegation hervor, in welcher ein Vorerfragepunkt (1), und Voreren habe aufgeführt, die Autonomie seiner Eisenbahnen zu reklamieren. St. Pierre glaubt, daß dieser zweite Teil der Konferenz nicht ohne Schwierigkeiten ablaufen könne; denn die deutsche Delegation nicht nur ihre Bedingungen mit sich bringen, sondern auch Opposition im Reichstag erregen, der die Befreiung nicht annehmen wird. Diese „Grund“ von den Nationalisten“ würde den zweiten Akt der Konferenz in unendliche Diskussionen führen, wenn nicht — meint St. Pierre — Franzosen und Engländer darin einig wären, so schnell wie möglich zu einem Abbruch zu gelangen.

Ohne Mittler.

Paris, 4. August.

Der Londoner Sonderberichterstatter des „Deurer“ schreibt: Von allem Welt ist hier länger Zeit haben Deutsche und Franzosen die Möglichkeit von Verhandlungen mit England miteinander zu haben — ohne Mittler, ohne Sprachrohr und ohne Helfer. Die meisten von dieser Gelegenheit gewinn

haben. Die Deutschen mit die Franzosen haben ständiger Wille zu haben, um es sich für den Abbruch auch nur um die Räumung des Ruhrgebietes handelt, was nicht unter allen Umständen unannehmlich sein muß.

Kein Sonderabkommen.

Nachrichtenblatt der „Wolffischen Zeitung“.

Paris, 4. August.

Die „Times“-Stimme ist erschöpft. Sie von der „Evening News“ am Samstag getriebene Werbung über den Abbruch eines Abkommens zwischen Macdonald und Herriot betreffs einer Befreiung der französischen Eisenbahnen durch England, magogen Frankreich sich verpflichtet würde, das Ruhrgebiet schneller zu räumen als seine frühere Stellung gegen Deutschland zu unternehmen, „ohne ungenutz“ sei über Grundzüge entworfen.

Der „größte Erfolg“.

Nachrichtenblatt der „Wolffischen Zeitung“.

von London, 3. August.

Oberst Logan, der amerikanische „Rechercher“, erklärte, die Ergebnisse der Londoner Konferenz seien der größte Erfolg, den irgendeine alliierte Konferenz je herbeiführen gekonnt hat. „Paris hat seinen Anteil an einer Aufhebung der französischen Delegation erreicht. Wenn wir, getragen von dem Bewußtsein, der Welt die Stufe zu schaffen, zu geben, die notwendig ist, wird die Geschichte uns für dieses Vergehen belohnen werden.“

Die Steuerkontrolle.

Nachrichtenblatt der „Wolffischen Zeitung“.

von London, 4. August.

Der im Dawes-Plan vorgesehene Organisationsausfluß ist die zu kontrollieren deutschen Staatsämtern, hat seine Arbeiten beendet und seinen Bericht dem amerikanischen Bankier Young und Sir John Stamp eingereicht mit dem Ersuchen, einige stützende Punkte durch eine schiedsgerichtliche Entscheidung zu klären. Diese Einnahmequellen (Zölle, Bier, Tabak, Spiritusmonopol und dergle.) sollen insgesamt 60 Millionen Pfund für Reparationszwecke befreuen. Der Organisationsausfluß soll festgestellt, daß, wenn die Einnahmen aus dieser Quelle 120 Prozent der 60 Millionen Pfund übersteigen, sollten die Franzosen die dieser Befreiung Einnahmequelle nötig ist, sondern der Kommission nicht sich dann begnügen, durch stützende Punkte den Eingang der Einnahmen zu verfolgen; wenn die Einnahmen unter 120 Prozent liegen, aber immer noch höher sind als die vorgezogenen 60 Millionen Pfund, soll die Kontrolle verbleiben, indem der Kommission darauf befohlen wird, daß die deutsche Verwaltung seinen Verbleib oder seine Vergroßerung in der Erhebung dieser Zölle und Steuern zu vermeiden. Wenn die Einnahmen unter 60 Millionen Pfund liegen, soll der Kommission befohlen sein, stützende Maßnahmen in der deutschen Regierung zu verlangen, darunter eine Änderung dieser Steuerfrage sowie die Unterbreitung neuer Einnahmequellen für die Jahresjahre nach dem Dawes-Plan, und endlich soll er berechtigt sein, diese Einnahmequellen an wirtschaftliche Unternehmungen zu verpachten. Die Frage, die Young und Stamp einbringen soll, lautet dahin: a) ob die Reparationskommission mitteilen soll bei der Ausarbeitung der „Wirtschaftsregeln“, b) ob die Kommission für die kontrollierten Einnahmen, bevor er wichtige Entscheidungen trifft, die Zustimmung der Delegierten in der Konferenz einholen muß, c) ob der Kommissar berechtigt ist, sich um die Auffhebung des deutschen Zolltarifs zu kümmern, d) ob Deutschland zu den Kosten einer erweiterten Kontrolle beitragen soll, sobald eine deutliche Erweiterung durch ein Defizit in den Einnahmen der kontrollierten Einnahmequellen notwendig wird.

Poincarés Zahlen.

Der Korrespondent der „Morning Post“ befragte den Reichswirtschaftsminister Hamm um seine Ansicht über den Stand und die voranschreitende Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Der Minister antwortete ihm:

Es ist richtig, wenn das Dawes-Gutachten sagt, daß der deutschen Wirtschaft das Schicksal folgt und langfristige Arbeitsbedürfnisse notwendig sind, heißt und Zusammenbruch ausbleiben, die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem Zustand der Knappheit nach nicht ausgeglichen werden, der sich im nächsten Jahre hinaus die Produktivität der deutschen Wirtschaft heben muß. Diese Aufgabe wird nicht außer Acht gelassen.

Es hat erst vor wenigen Tagen Herr Poincaré in der „Daily Mail“ den Beweis zu führen versucht, daß der deutsche Produktionsapparat eine Konferenzgefahr für die gesamte Weltwirtschaft“ darstelle. Es ist klar, daß Deutschland wieder auf Ausfluß trachten muß, denn die Gesamtsumme ist durch das Dawes-Gutachten Gemeingut der Welt geworden, die sich im inneren Anstieg des Staats- und Wirtschaftsaufbaus und ohne feste Ausfuhr Unterbrechungen am Standort nicht möglich sind. Der Reparationswill, darf deutsche Wirtschaft nicht vernachlässigen. Aber es ist eine Überforderung des deutschen Produktionsapparates, eine Verletzung der allgemeinen Wirtschaftsgesetze und eine Unterbrechung der Produktionskräfte der anderen Volkswirtschaften, wenn man nur von Deutschland her eine Unterbrechung der Weltwirtschaft erwartet.

Zum Schluß erklärte Dr. Hamm, es sei mit wirtschaftlichen Gesetzen nicht vereinbar, von Deutschland — wie es Herr Poincaré tut — zu verlangen, um zu überwinden, die deutsche Wirtschaft zu befreien, die sich im nächsten Jahre hinaus die Produktivität der deutschen Wirtschaft heben muß. Diese Aufgabe wird nicht außer Acht gelassen. Es hat erst vor wenigen Tagen Herr Poincaré in der „Daily Mail“ den Beweis zu führen versucht, daß der deutsche Produktionsapparat eine Konferenzgefahr für die gesamte Weltwirtschaft“ darstelle. Es ist klar, daß Deutschland wieder auf Ausfluß trachten muß, denn die Gesamtsumme ist durch das Dawes-Gutachten Gemeingut der Welt geworden, die sich im inneren Anstieg des Staats- und Wirtschaftsaufbaus und ohne feste Ausfuhr Unterbrechungen am Standort nicht möglich sind. Der Reparationswill, darf deutsche Wirtschaft nicht vernachlässigen. Aber es ist eine Überforderung des deutschen Produktionsapparates, eine Verletzung der allgemeinen Wirtschaftsgesetze und eine Unterbrechung der Produktionskräfte der anderen Volkswirtschaften, wenn man nur von Deutschland her eine Unterbrechung der Weltwirtschaft erwartet. Zum Schluß erklärte Dr. Hamm, es sei mit wirtschaftlichen Gesetzen nicht vereinbar, von Deutschland — wie es Herr Poincaré tut — zu verlangen, um zu überwinden, die deutsche Wirtschaft zu befreien, die sich im nächsten Jahre hinaus die Produktivität der deutschen Wirtschaft heben muß. Diese Aufgabe wird nicht außer Acht gelassen.

